

Der Euro in seiner historischen und institutionellen Dimension

Jacques Delors

Dieser Vortrag wurde im Rahmen der vom Centre d'analyse stratégique, dem CEPII, Sciences Po Paris und dem CERI-CNRS organisierten 22. Globalisierungs-Begegnungen (22^{ème} rendez-vous de la mondialisation) am 30. Juni 2011 in Paris gehalten.

Ich werde versuchen, der Methode des CEPII getreu zu folgen, d.h. anhand von schockartigen Ereignissen und langfristigen Entwicklungen zu entschlüsseln, was wichtig und was dauerhaft ist und welche tiefgreifenden Zeitströmungen Europa und die Welt heute bewegen.

Unter dem Titel „Der Euro in der Globalisierung“ werde ich zunächst in die Vergangenheit zurückkehren, denn es scheint mir, dass wir aus den Rückschlägen und Fortschritten der Vergangenheit Schlussfolgerungen für die Gegenwart, und vor allem für die Zukunft, ziehen können. Als Erstes werde ich auf die historische Dimension der europäischen Einigung eingehen, denn hinter äußerst schwierigen Wirtschafts- und Währungsfragen, hinter komplizierten institutionellen Regeln, stehen Frauen und Männer, die leben und wählen, und andere die in wechselndem Meinungsklima und unter sich ändernden Rahmenbedingungen regieren. Seit 1948–50 hat sich der Kontext grundlegend verändert; daher bin ich oft etwas nachsichtig in meinem Urteil über diejenigen, die heute mit der Aufgabe des Regierens betraut sind.

Anschließend werde ich auf die institutionelle Dimension der europäischen Einigung und dabei insbesondere auf den Euro als Abkömmling der Einheitlichen Europäischen Akte eingehen. Momentan wird behauptet, Europa rette sich immer nur durch Krisen. Die dem Euro vorangegangene Einheitliche Europäische Akte ist jedoch nicht aus einer Krise entstanden. Mitte der 1980er Jahre lief die Wirtschaft nur schleppend. Dies erklärt, warum die Regierungen eine wirtschaftliche und institutionelle Neuankurbelung akzeptierten, nämlich die Gründung des Europäischen Binnenmarktes (mit dem Ziel der Vollendung im Jahr 1992) ebenso wie die Einführung substantieller Solidaritätspolitiken (zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt).

Abschließend möchte ich eine letzte Frage ansprechen, und zwar die der kollektiven Verantwortlichkeit in dieser Krise. Ohne Zweifel haben Griechenland, Portugal und Irland Fehler gemacht. Sind sie deswegen aber allein verantwortlich? Wir haben uns auf ein gemeinsames Abenteuer eingelassen – müssen wir da nicht auch nach gemeinsamen Verantwortlichkeiten suchen? Ich würde Ihnen gerne verdeutlichen, dass auch der Rat der Finanzminister der Eurozone in den letzten Jahren für die aktuelle Situation Verantwortung trägt, weil er nichts hat kommen sehen oder aber nicht die notwendigen Debatten zur fehlenden Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und zum gefährlichen Anstieg der Privatverschuldung anzustoßen bereit war.

Die historische Dimension

Ich komme nicht umhin, an dieser Stelle an die Begründer der europäischen Einigung zu erinnern. Aus den bedrückenden Erfahrungen der Vergangenheit entwickelten sie eine Vision für die Zukunft, die da lautete: „Nie wieder Krieg zwischen uns“. Zu Beginn der europäischen Einigung herrschten schmerzhaftes Erinnerungen und Groll vor. Die Stimmung war alles andere als einfach. Gleichzeitig gab es zu diesem Zeitpunkt aber auch den Willen zur Überschreitung von Meinungsverschiedenheiten und zum gemeinsamen Voranschreiten. Angesichts dieser Rahmenbedingungen besaßen Menschen den Mut, etwas Neues vorzuschlagen. Aus dieser Perspektive betrachtet, ist der Aufruf Robert Schumans daher sicherlich einer der höchsten spirituellen Momente der vergangenen hundert Jahre. Sein Aufruf basierte auf einer sehr einfachen Idee, die Hannah Arendt folgendermaßen formulierte: Deutschland wurde von seinen Gegnern *Vergebung* und *Versprechen* angeboten. Die *Vergebung* bestand nicht im Vergessen, und das *Versprechen* bestand darin, dass zukünftige deutsche Generationen wieder in die internationale Gemeinschaft integriert würden. Darin lag politische Größe, und das sollten wir uns heute wieder vor Augen führen.

Nachdem dieser Wille bekräftigt worden war, stellte sich das Problem seiner Umsetzung. Selbstverständlich dachten Politiker dabei sofort an institutionelle Formen: an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, den Spaak-Plan... Diese scheiterten allerdings an nationalen Vorbehalten, zuviel Souveränität abzutreten. Daher musste auf wirtschaftliche Verflechtungsmechanismen zurückgegriffen werden. Die europäische Integration war in ihren Anfängen eine wirtschaftliche Integration, mit dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Dieser Vertrag ist im Übrigen der ausgeglichene im Hinblick auf supranationale und nationale Komponenten ebenso wie auf wirtschaftliche, soziale und finanzielle Elemente – und damit ein Beispiel, über das es nachzudenken lohnt. Die europäische Integration entstand per „*spill-over*-Effekt“, was bedeutet, dass eine Maßnahme die nächste nach sich zog.

Dieser Gründergeist ist heute selbstredend nicht mehr vorhanden. Manchmal kehrt er jedoch zurück; und ich will zwei Beispiele dafür nennen:

Nehmen wir als Erstes das des Europäischen Währungssystems (EWS). Führen Sie sich noch einmal vor Augen, was momentan über die Spannungen und Divergenzen zwischen Frankreich und Deutschland gesagt wird. 1974 herrschte eine durch den steigenden Ölpreis und die Schwankungen des Dollars verursachte Krise. Der französische Staatspräsident, Valéry Giscard-d'Estaing, reagierte auf die Krise, indem er das Wirtschaftswachstum anregte. Helmut Schmidt wiederum, der deutsche Bundeskanzler, forderte die Deutschen auf, den Gürtel enger zu schnallen und verordnete ihnen eine rigorose Sparpolitik. Können Sie sich zwei unterschiedlichere Positionen vorstellen? Und doch ist es diesen beiden Männern gelungen, gemeinsam das EWS zu schaffen. Stellen Sie sich einmal vor, welches Vertrauenskapitals sie bedurften, um derart handeln zu können, obwohl sie zwei völlig verschiedene Wirtschaftspolitiken verfolgten. Man konnte zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht von Konvergenz sprechen. Das Beispiel zeigt jedoch, dass zu einem gegebenen Moment zwei Führungspolitiker mit Blick auf die Zukunft ihre Meinungsverschiedenheiten überwand. Das Europäische Währungssystem erlebte Höhen und Tiefen, aber es existierte fortan. Es hätte den Euro nie gegeben, hätte es das EWS

nicht gegeben. Es handelt sich um ein schönes Beispiel der Treue zu den Ideen der europäischen Gründerväter, gepaart mit einer Vision für die Zukunft.

Ein zweites Beispiel stellt die Einheitliche Europäische Akte und das dazugehörige Finanzpaket dar. Europa ging es zum damaligen Zeitpunkt nicht gut. Ich schlug den Mitgliedstaaten vor, die Wirtschaft mittels des Ziels zu stimulieren, bis 1992 den Binnenmarkt zu vollenden. Wir unterzeichneten einen neuen Vertrag, und in der Folge bedurfte es der Mittel, seine Umsetzung zu finanzieren. Im Januar 1988 stritten sich die europäischen Staatenlenker in einer Weise, die Sie sich nicht vorzustellen vermögen. Aber sie verabschiedeten schließlich ein Finanzpaket, das es Europa erlaubte, die Einheitliche Europäische Akte umzusetzen, eine Politik wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion entstehen zu lassen und einige wichtige soziale Maßnahmen ins Leben zu rufen.

Wir sehen also, dass Führungspolitikerinnen und -politiker zum gegebenen Zeitpunkt durchaus in der Lage sind, einen Schritt voran zu gehen und ihren Standpunkt zu vermitteln. Ein Beispiel, das ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte und von dem selten gesprochen wird: Bundeskanzler Kohl sah sich zum Zeitpunkt der Schaffung des Euro einer Mehrheit von mindestens 60% der Deutschen konfrontiert, die sich gegen die Abschaffung der D-Mark aussprach. Die öffentliche Meinung wird heutzutage oft als Entschuldigung angeführt, um anstehende Fortschritte zu bremsen. Darin besteht der Unterschied zwischen den Gründervätern und heutigen Regierungsverantwortlichen.

Seitdem „hat sich der Wind der Zeit gedreht“ – wie ein hoher Beamter des Planungskommissariats, Pierre Massé, zu sagen pflegte. Und das ist auch mein Eindruck, wenn ich Europa betrachte: Der Geist der Zeit hat sich grundlegend gewandelt. Die EU-Erweiterungen stelle ich nicht in Frage, das sage ich gleich. Es ist die historische Mission Europas sich zu erweitern, auch wenn es sicherlich viel über die Art und Weise zu sagen gäbe, wie diese Erweiterungen durchgeführt wurden.

Was jedoch zur Debatte steht, sind Wertvorstellungen, und die haben sich radikal verändert. Das Spannungsfeld zwischen Globalem und Lokalem ist gewachsen; die Menschen haben ein Bedürfnis nach Sicherheit, sie wollen beruhigt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund erfreut sich das Thema der „Deglobalisierung“ in Frankreich gerade großen Erfolges. Gleichzeitig stellen individualistische Haltungen ein Hindernis dar, wenn es um die Konzeption von Vorhaben geht, die für das Kollektiv und die Solidarität zwischen Europäerinnen und Europäern von Bedeutung sind. Einerseits führt die Angst vor dem Globalen dazu, dass wir immer höhere Forderungen an unsere Nationalstaaten stellen; andererseits verleitet uns individualistisches Denken dazu, uns auf uns selbst zurückzubeziehen. Das führt dann beispielsweise dazu, dass die deutsche Presse die Griechen in einer völlig inakzeptablen Weise beschimpft.

Aber bleiben wir noch einen Augenblick bei der Geschichte: Es liegt momentan etwas in der Luft, das an die Zeit des Westfälischen Friedens erinnert. 1648 wurde versucht, ein – wenn auch prekäres – Gleichgewicht zwischen den europäischen Nationen zu finden. Heute beobachten wir eine Rückkehr zu diesen intergouvernementalen Praktiken und vergessen dabei unser europäisches Partnerschaftsabkommen.

Die institutionelle Dimension

Allem voran muss ich an dieser Stelle betonen, dass Fragen nach der Methode keineswegs ein Ablenken vom eigentlichen Thema bedeuten. Es reicht nicht aus, politischen Willen einzufordern. Es reicht nicht, wie Frau Merkel in ihrer Rede in Brügge sagte, für eine weise Mischung aus intergouvernementaler und Gemeinschaftsmethode einzutreten.

Die Vorzüge der Gemeinschaftsmethode werden durch die Erfolge der Vergangenheit unter Beweis gestellt: Wenn die Gemeinschaftsmethode funktioniert, macht Europa Fortschritte. Beispielsweise sah die Einheitliche Europäische Akte vor, dass über alles, was den Binnenmarkt betrifft, mit der qualifizierten Mehrheit abgestimmt werden sollte. Auch wenn die Einheitliche Akte erst 1987 in Kraft trat, so stimmten doch ab der Unterzeichnung des Vertrages im Dezember 1985 in Luxemburg alle Länder spontan mit qualifizierter Mehrheit ab (oder sie enthielten sich). Das zeigt, dass es eine gemeinsame Dynamik gibt. Die Gemeinschaftsmethode ist ein Erfolg. Sie basiert auf ganz einfachen Prinzipien. Es gibt drei große Institutionen: den Ministerrat, der entscheidet; das Parlament, das – glücklicherweise – immer mehr Befugnisse erhält; und die Kommission, die das Initiativrecht besitzt und Gesetzesvorschläge sogar zurückziehen kann, wenn die Debatte sich verrennt oder festfährt. Das Initiativrecht ist wichtig, und dafür ich will ein Beispiel nennen. Als ich mein Mandat in der Kommission begann, wollte ich ein Austauschprogramm für Studierende schaffen. Der zuständige Kommissar begann also das zu eruieren was einmal ERASMUS werden sollte. Der Vorschlag musste jedoch einstimmig im Rat angenommen werden, und er wurde aber abgelehnt. Als ich zu Frau Thatcher ging, um die Sitzung des Europäischen Rates vorzubereiten, fragte sie mich, wie wir es mit der Pressekonferenz machen wollten. Ich antwortete ihr, dass wir ein Problem mit einem studentischen Austauschprogramm hätten. Sie erwiderte, dass sie davon gehört hätte; und dass es ein teures Vorhaben sei, von dem sie sich nicht viel Nutzen verspräche. Ich bat sie daraufhin, mir auf der Pressekonferenz zehn Minuten zu gewähren, um das Projekt zurückzuziehen und zu erklären, warum. Auf der darauffolgenden Sitzung der Staats- und Regierungschefs wurde das ERASMUS-Programm angenommen und konnte starten – weil sie beunruhigt waren, es könne kritische Reaktionen aus der Bevölkerung und von Seiten der Studierenden geben.

Die Gemeinschaftsmethode ist eine Methode, die funktioniert, selbst innerhalb des erst später gegründeten Europäischen Rates. Der Europäische Rat hat immer einstimmig beschlossen, mit einer Ausnahme. In Mailand, stimmten 1985 die Staats- und Regierungschefs einer Änderung der Verträge mit sieben gegen drei Stimmen zu; zum großen Ärger der Engländer und Griechen, die der Meinung waren, dies könne nur einstimmig geschehen.

Mittlerweile gibt es jedoch noch ein weiteres Element, das Frau Merkel Probleme bereitet. Es wird mit dem hässlichen Wort „Differenzierung“ bezeichnet und steht für die Möglichkeit, dass einige Länder gemeinsam weitergehen können als die anderen. Das Genschler-Theorem bringt das Konzept treffend auf den Punkt: Einige Länder können andere nicht daran hindern, weiter voran zu gehen; aber die, die weitergehen wollen, können auch andere nicht dazu zwingen, ihnen zu folgen. Zwei große Beispiele gibt es für Differenzierung: Schengen – für den freien Personenverkehr – und den Euro. Wenn wir, als wir den Euro beschlossen, einstimmig hätten abstimmen müssen, dann würde er heute nicht

existieren. Diejenigen, die die Verträge verfassten, hatten das begriffen, und so sahen sie darin die Möglichkeit der „verstärkten Zusammenarbeit“ vor.

Jean Monnet hatte Recht als er sagte: Die Institutionen können nicht alles, sie machen keine Politik. Aber sie machen die Menschen weitsichtiger und weiser, wenn sie den Willen besitzen, zusammenzuarbeiten. Der Lissabon-Vertrag enthält Innovationen, aber sie sind meines Erachtens nicht überzeugend. Was aber noch viel beunruhigender ist: Seitdem der Euro existiert, machen wir keinen Unterschied mehr zwischen den mittlerweile 17 Euro-Ländern und den 27 Mitgliedstaaten der EU. Die Eurogruppe besitzt keine Autonomie: Die Finanzminister der Euro-Zone versammeln sich am Vorabend des ECOFIN-Rates, welcher alle EU-Mitgliedstaaten vereint. Ich glaube aber, dass es unerlässlich ist, zwischen dem zu unterscheiden, was wir zu siebzehnt machen können und was zu 27.

Eine Tatsache ist jedoch unbestreitbar – und daran ist die Kommission selbst nicht Schuld – nämlich die Marginalisierung eben dieser Institution durch die Regierungen. Die Gemeinschaftsmethode befindet sich auf dem Rückzug. Frau Merkel hat eine Methode entworfen, von der Herr Van Rompuy sehr angetan ist. Ich meine jedoch, dass dieses System stark bremsend wirkt. Ich nenne ein Beispiel: Wenn der G20 zusammen kommt, dann sind von 22 teilnehmenden Personen sechs oder sieben Europäer bzw. Europäerinnen dabei: drei Vertreter der Europäischen Union und Repräsentanten von vier oder fünf EU-Ländern. Versetzen Sie sich doch einmal in die Lage von Barack Obama oder des chinesischen Staatspräsidenten, die sich fragen werden, mit wem sie eine Diskussion führen könnten, die die Dinge wirklich voran bringt. Aus genau diesem Grund haben wir übrigens auch auf dem Umweltgipfel von Kopenhagen ein lächerliches Bild abgegeben.

Der Euro: ein Konstruktionsfehler zu Beginn

Nun komme ich zum Euro. Und dabei haben wir es nicht nur mit finanziellen oder institutionellen Mechanismen zu tun. Die Wiederankurbelung des Euro-Projekts fand 1985 in einem gedrückten Wirtschaftsklima statt. Nach zwei oder drei Jahren stieg das Wachstum jedoch wieder auf über 2 %, es wurden neue Arbeitsplätze geschaffen und in diesem fast schon euphorischen Klima wurde schließlich der Euro konzipiert. Von hoher Bedeutung im Paket der Einheitlichen Europäischen Akte waren, wie ich schon erwähnte, der Übergang zur qualifizierten Mehrheitsabstimmung, die Wiederaufnahme des sozialen Dialogs und das Prinzip des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts.

Auch das Europäische Währungssystem hat viele Bewährungsproben überstanden. Die härteste darunter war 1992 die Spekulation gegen das britische Pfund und die italienische Lira. Nach einer genialen Idee von Jacques Larosière beschlossen wir damals, die Margen für die Wechselkursschwankungen des ECU zu erweitern. Das EWS hat diese Krise schließlich überstanden. Nachdem das Wachstum wieder da war, der Binnenmarkt existierte, der soziale Dialog Früchte trug, war für Eduard Balladur und Hans-Dietrich Genscher der Zeitpunkt gekommen, über die Gemeinschaftswährung zu sprechen. Sie waren die Ersten die dies taten, auch wenn die Einheitliche Akte schon den ECU erwähnte, den ich damals einbrachte – wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten angesichts des Widerstandes einiger Finanzminister.

1988 entschied der Europäische Rat – trotz eines negativen Schreibens des Bundesbankpräsidenten an Kanzler Kohl – einen Ausschuss zu gründen, der prüfen sollte, wie eine vom Werner-Plan inspirierte Wirtschafts- und Währungsunion funktionieren könne. Der Ausschuss – dem ich vorsaß – legte einen Bericht vor, der Maastricht-Vertrag würdigte ihn, und 1997 wurde schließlich noch ein letzter Kompromiss getätigt, zu dem ich hier etwas sagen möchte.

Als der Euro konzipiert wurde, fügte man auf Wunsch der Deutschen und einiger anderer Länder eine wichtige Beschränkung ein, nämlich die „*bail-out*-Klausel“. Damit wurde zwar eine gemeinsame Währungszone geschaffen, in der sich aber kein Land verpflichtete, systematisch einem anderen Land zu helfen, wenn es sich in Schwierigkeiten befände.

Was danach folgte, wird verständlich, wenn wir es im Lichte dessen betrachten, was ich als dreiteilige Losung für die Einheitliche Europäische Akte ausgegeben habe: „Der Wettbewerb regt an, die Zusammenarbeit stärkt und die Solidarität eint.“ Den Wettbewerb haben wir mittlerweile. Auch die Solidarität besitzen wir, denn ungeachtet dessen was Europakritiker behaupten, betragen die Ausgaben für Kohäsion im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen des EU-Haushalts immerhin 35–40 %. Was uns jedoch als Bindeglied noch fehlt, ist die Zusammenarbeit. Hier stellt sich ein Problem, das wir oft mit angelsächsischen Spezialisten diskutieren. Ihrer Ansicht nach ist es naiv zu denken, dass die Zusammenarbeit mit den bisherigen Mitteln gestärkt werden könne. Vielmehr bedürfe es dazu ähnlicher Institutionen wie in den Vereinigten Staaten. Diese unter vielen Angelsachsen verbreitete Auffassung, dass das System nicht allein durch Kooperation funktionieren könne, nährt die Skepsis gegenüber dem Euro.

Aber wie sind die Dinge eigentlich gelaufen? Ganz zu Anfang, im Maastricht-Vertrag, hatte ich gefordert, dass neben den fünf Bedingungen, die ein Land erfüllen muss, um am Euro teilzunehmen, noch zwei weitere Kriterien in Betracht gezogen werden sollten: die Jugend- und der Langzeitarbeitslosigkeit. Dieser Vorschlag wurde in erster Linie von den Spaniern und den Niederländern abgelehnt.

Als sich 1997 die Führungsspitzen versammelten, um den Euro in die Tat umzusetzen, schlug ich der französischen Regierung vor, neben dem absolut unverzichtbaren Stabilitätspakt auch einen Pakt zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken zu schließen. Das Wort „Wirtschaftsregierung“ sprach ich nicht aus, weil ich wusste, dass die Deutschen dieses Konzept nicht mögen. Die Umsetzung dieses Paktes zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken hätte beinhaltet, dass die Mitgliedstaaten sich auf der Grundlage von Berichten der Europäischen Kommission ernsthaft mit ihren nationalen Wirtschaftspolitiken hätten auseinandersetzen müssen. Sie hätten die notwendigen Konsequenzen ziehen müssen um Vorteile zu maximieren und gemeinsame Aktionen zur Bekämpfung von Ungleichgewichten oder zur Stabilisierung des Wachstums durchzuführen. Die Franzosen verteidigten diese Idee des Koordinierungspaktes jedoch nicht, denn sie erhielten etwas, das sie lieben, nämlich ein zusätzliches Wort. Sie setzten durch, dass dem „Stabilitätspakt“ noch das Wort „Wachstum“ hinzugefügt wurde und waren damit zufrieden.

Die aktuelle Krise hat nun diese Debatte um die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken wieder auf die Tagesordnung gebracht.

Gleichzeitig dürfen wir aber nicht vergessen, dass der Euro für die Zeit vor der Krise, für die Jahre 1999–2007, eine positive Bilanz zu verzeichnen hat: Die jährliche Wachstumsrate betrug 2,1 %, die Inflation war unter Kontrolle, 16 Millionen Arbeitsplätze entstanden, die wirtschaftliche Integration verstärkte sich, denn ein Drittel der Investitionen und des wirtschaftlichen Austauschs fanden innerhalb der Euro-Zone statt. Nicht zuletzt stellte der Euro im Jahr 2007 22 % der Währungsreserven weltweit.

Gleichwohl habe ich schon damals mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Euro uns zwar schützt, aber kein Wachstum stimuliert. Er schützt uns im Übrigen auch vor unseren eigenen Dummheiten, allen voran einer übermäßigen öffentlichen und privaten Verschuldung, aber auch davor, aus Bequemlichkeit die notwendige Wettbewerbsfähigkeit nicht zu verbessern.

Es wäre damals notwendig gewesen, dem Stabilitäts- und Wachstumspakt einen Pakt zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken zur Seite zu stellen. Durch ihn hätten wir den Euro belastende Bedrohungen schneller identifizieren und bekämpfen können. Und dies ist heute weiterhin dringend erforderlich.

Nicht zuletzt möchte ich auch die tiefer liegenden Entstehungsbedingungen dieser Krise und damit verbundene kollektive Verantwortlichkeiten betonen.

Es wäre viel zu einfach zu behaupten, die Krise des Euro rühre lediglich aus der Finanzkrise. Nein, es gab auch schon vorher im Konstruktionssystem des Euro Elemente, die nicht funktionierten. Und ich drehe dabei keinesfalls die Reihenfolge der Faktoren um. Die Finanzkrise ist von zentraler Bedeutung, ihre Folgen sind verheerend, und darüber hinaus haben wir noch die Krise des Euro, aus der wir noch lange nicht heraus sind.

Was die Europäische Zentralbank (EZB) betrifft: Darf sie wirklich einzig und allein die Inflationsrate im Blick haben? Müsste sie in einer globalisierten Welt nicht auch der Entwicklung der öffentlichen und privaten Verschuldung ihre Aufmerksamkeit widmen? Wie war es möglich, dass in den vergangenen Jahren die Präsidenten der Zentralbanken von Spanien, Irland und anderen Ländern als Mitglieder des EZB-Rates das Direktorium nie auf irgendetwas hingewiesen haben?

Und war es – auf Seiten des Rates – nicht der ECOFIN, der 2004 beschloss, die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu lockern, und der es somit ermöglichte, dass Länder der Euro-Zone diese verletzen konnten ohne jedwede Konsequenzen fürchten zu müssen? Lehnte er nicht darüber hinaus im gleichen Jahr auch den Vorschlag der Kommission ab, Eurostat Investigationsbefugnisse zu erteilen? Diese Beispiele verdeutlichen, dass auch der Ministerrat in der Verantwortung steht. Er kann in der heutigen Situation nicht einfach nur mit dem Finger auch Griechenland oder andere in Schwierigkeiten befindliche Länder zeigen und sich davon stellen.

Glücklicherweise sieht es momentan so aus, als wollten die führenden Europäerinnen und Europäer den Euro retten.

Meine Schlussfolgerung ist, dass an die Stelle des „no bail out“ eine Verantwortung des Ministerrates treten muss, damit auf die eine oder andere Weise das Prinzip gegenseitiger Unterstützung zum Tragen kommt. An dieser Stelle ist anzumerken, dass in einer Union, einer Gemeinschaft von Nationen, notwendigerweise die Entscheidungszeiträume länger als in einem einzelnen Staat sind. Dies ist aber noch lange kein Grund für öffentliche Missklänge und

Unstimmigkeiten. Unsere Führungspolitikerinnen und -politiker müssen, im Gegenteil, eine klare Sprache sprechen. Alarmierende oder widersprüchliche Erklärungen sollten tunlichst vermieden werden, denn sie üben einen negativen Effekt auf die Märkte aus. Wir brauchen unmissverständliche Aussagen. Wenn die Märkte dann wirklich um jeden Preis den Tod des Euro wollen, werden wir es merken. Ich aber glaube, dass die Märkte heute eine einheitliche, klar verständliche Stellungnahme erwarten – und nicht ein Festival von Anschuldigungen, die das psychologische Klima zusätzlich belasten.

Die Krise hat dazu geführt, dass neue Strukturen und Mechanismen geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere das Europäische Semester, welches einen Versuch zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken darstellt. Die Mitgliedstaaten legen dabei der Kommission ein Programm zur „Stabilität“ vor (wenn es sich um Staaten der Euro-Zone handelt) oder ein Programm zur „Konvergenz“ (wenn es sich um Nicht-Euro-Staaten handelt). Darüber hinaus reichen sie ein nationales Reformprogramm ein, das sich auf ein Dokument mit dem Namen „Strategie Europa 2020“ beziehen muss – welches ich, nebenbei gesagt, nicht sehr gelungen finde. Diese Schriftstücke sind mittlerweile bei der Kommission eingegangen, und sie hat Bezug nehmend darauf ihre Empfehlungen an jedes einzelne Mitgliedsland formuliert. Auf dieser Grundlage diskutieren derzeit die nationalen Regierungen und Parlamente. Genau an dieser Stelle benötigen wir nun aber etwas mehr Transparenz. Wenn wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich für Europa interessieren, dann sollten die Regierungen die Bemerkungen, die sie von der Kommission erhalten haben, öffentlich machen; beispielsweise, indem sie eine Parlamentsdebatte dazu ansetzen. Auf diese Weise könnte eine klare politische Linie erklärt, verstanden und angenommen werden. Die Demokratie könnte damit auf europäischer Ebene wieder rehabilitiert werden. Das Europäische Semester findet derzeit statt. Es stellt einen Versuch dar, Koordination und Demokratie wieder in Bewegung zu bringen, indem es die Mitgliedstaaten dazu bringt, darüber zu diskutieren. Aber wird das ausreichen?

Für das, was darüber hinaus gehen könnte, wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Ich will zwei davon erwähnen. Zum Einen wird gesagt, wir bräuchten einen Finanzminister für die Euro-Zone. Ich bin kein Anhänger dieser Idee, denn das würde einfach nur eine weitere Person zur sowieso schon sehr komplexen und vielgestaltigen Außenvertretung der EU hinzufügen. Eine andere Idee finde ich hingegen sehr interessant, und zwar die des Wirtschaftswissenschaftlers Jacques Delpla. Er schlägt vor, zwei Kategorien von Anleihen auszugeben: „blaue Anleihen“ bis zu einer Verschuldung von 60% des Bruttoinlandproduktes - die durch die Union garantiert würden -, und „rote Anleihen“ bei einer Verschuldung von über 60% des BIP. Ich halte dies für den einzig vernünftigen Vorschlag zur Vergemeinschaftung der Schulden. Wenn wir von der Rolle des Euro in der Welt sprechen, dürfen wir nämlich nicht vergessen, dass sich eine Währung nur dann wirklich entwickeln kann, wenn sie einen Anleihenmarkt von ausreichender Größe besitzt, wie es beispielsweise in den USA der Fall ist. Eine teilweise Vergemeinschaftung der Schulden bedeutet auch, sich die Mittel zu geben, den Euro zu festigen und aus seinem Umlauf Gewinn zu ziehen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch eine Bemerkung zum Thema „rigorose Sparpolitik“ machen. Sie ist sicherlich notwendig; aber wie soll sie eigentlich finanziell möglich sein ohne eine Rückkehr zum Wachstum? Ich würde darauf mit einer Formulierung antworten, die ich vor 20

Jahren schon einmal gegenüber dem IWF verwendet habe und die nicht auf Wohlgefallen stieß: Nein, sie ist nicht möglich, es sei denn man will genesen sterben. Ich plädiere daher für eine Ergänzung zur Politik des strengen Sparens, die es den betroffenen Mitgliedstaaten erlaubt, sich nicht nur die Mittel zu Reformen zu geben, sondern auch ihr Wachstum wieder anzuregen. Genau an dieser Stelle hätte meines Erachtens die EU oder zumindest die Euro-Zone guten Willen zeigen und sich etwas anstrengen müssen. Sie sollte entweder Eurobonds oder ein anderes Instrument zur Finanzierung von Zukunftsausgaben bereitstellen, denn darin besteht letztendlich die Grundlage für das Wachstum von morgen. Damit könnte man den Griechen ebenso wie den anderen betroffenen Ländern sagen, dass es besser für sie ist, die bittere Medizin der harten Sparmaßnahmen zu schlucken als aus dem Euro auszusteigen. Denn Letzteres würde für sie einen Verlust von mindestens 20 % ihres Lebensstandards bedeuten.

Die konstruktive Lösung besteht in einer Aufgabenteilung zwischen der Förderung des Wachstums durch die Union und einer strengeren Haushaltsführung seitens der Mitgliedstaaten. Ich betone nachdrücklich, dass dieser Weg realistisch und möglich ist in der aktuellen Fassung der Verträge. Wenn es zum Zeitpunkt der Verhandlungen des Maastricht-Vertrages oder auch später möglich gewesen wäre, einen substantielleren institutionellen Sprung nach vorne zu tun, dann wäre dies getan worden. Die Geschichte kann jedoch bezeugen, dass die europäischen Staatenlenkerinnen und -lenker hierzu nicht bereit waren. Aber auch die Zusammenarbeit hat Vorteile. Denn wenn die EU es heute schafft, meine dreiteilige Losung in die Tat umzusetzen, dann kann dies in der Zukunft als Vorbild für Ideen zur Organisation der Weltordnung dienen. Die EU ist eines der wenigen Beispiele, in denen Staaten freiwillig einen Teil ihrer Souveränität auf eine andere Ebene verlegen, indem sie zusammenarbeiten. Kooperation bleibt somit ein vitales Anliegen. Wenn jedoch diese realistischen Lösungsvorschläge nicht gehört und umgesetzt werden, dann bleibt nur noch die unleidige Strategie der „am Abgrund Stehenden“, die darin besteht, ständig zu improvisieren. Diejenigen, die auf einen institutionellen Sprung nach vorn als unvermeidlichen Ausweg aus der Krise setzen, geben sich Illusionen hin. Denn Feuerwehrleute allein reichen nicht aus, auch wenn sie gute Pumpen haben (was noch zu beweisen wäre). Wir benötigen auch dringend gute Architekten und Personen mit Weitblick, die in der Lage sind, immer wieder auf die Gemeinschaftsmethode zurückzugreifen, um die europäische Einigung voran zu bringen. Aber, ich sage es noch einmal, der Geist der Zeit ist einem so großen Schritt momentan nicht gewogen. Es sei denn, wir bringen ein neues Projekt hervor, das in der Lage ist Begeisterung hervorzurufen. Und genau darin liegt unsere Verantwortung als Experten und als Bürger.